

Arbeitsblatt 9: Wirtschaftliche Entwicklung Biberachs in der Nachkriegszeit

Zum Ende seiner Amtszeit zieht der scheidende Oberbürgermeister Wilhelm Leger in einer Sonderbeilage der „Schwäbischen Zeitung“ Bilanz über die Entwicklung der Stadt unter seiner Führung:

Das Gesicht der Stadt hat sich verändert

5 Seit Jahren haben sich Gemeinderat und Stadtverwaltung alle Mühe gegeben, um zu tun, was menschenmöglich war, und es wurde wahrlich viel erreicht. Das Gesicht unserer Stadt nach innen und außen hat sich in gutem Sinne verändert. Man kann die Fortschritte von Jahr zu Jahr feststellen. Wer mehrere Jahre unsere Stadt nicht gesehen hat, wird erstaunt sein, wie rasch sich die Wandlung vollzog. Die Stadt dehnt sich nach allen Himmelsrichtungen aus und greift auf Gebiete über, die bis vor kurzem noch rein landwirtschaftlich bewirtschaftet waren. Selbstverständlich ist es 10 nicht möglich gewesen, alle Notstände in der Zeit seit der Währungsreform zu beseitigen. Es sind viele berechtigte Wünsche noch offen, deren Erfüllung im Programm der Stadtverwaltung vorgesehen ist. Für die Bürger von Biberach möge es eine Beruhigung sein, daß Stadtverwaltung und Gemeinderat nach einem 15 überlegten Plan arbeiten, in dem die Aufgaben beschrieben und zusammengefaßt sind, die nach dem Grade der Dringlichkeit jeweils vom Gemeinderat, zur Ausführung bestimmt werden. Selbstverständlich ist diese Planung Änderungen unterworfen, die durch die Tatsache bedingt sind, daß die Verhältnisse sich oft rasch ändern. [...]

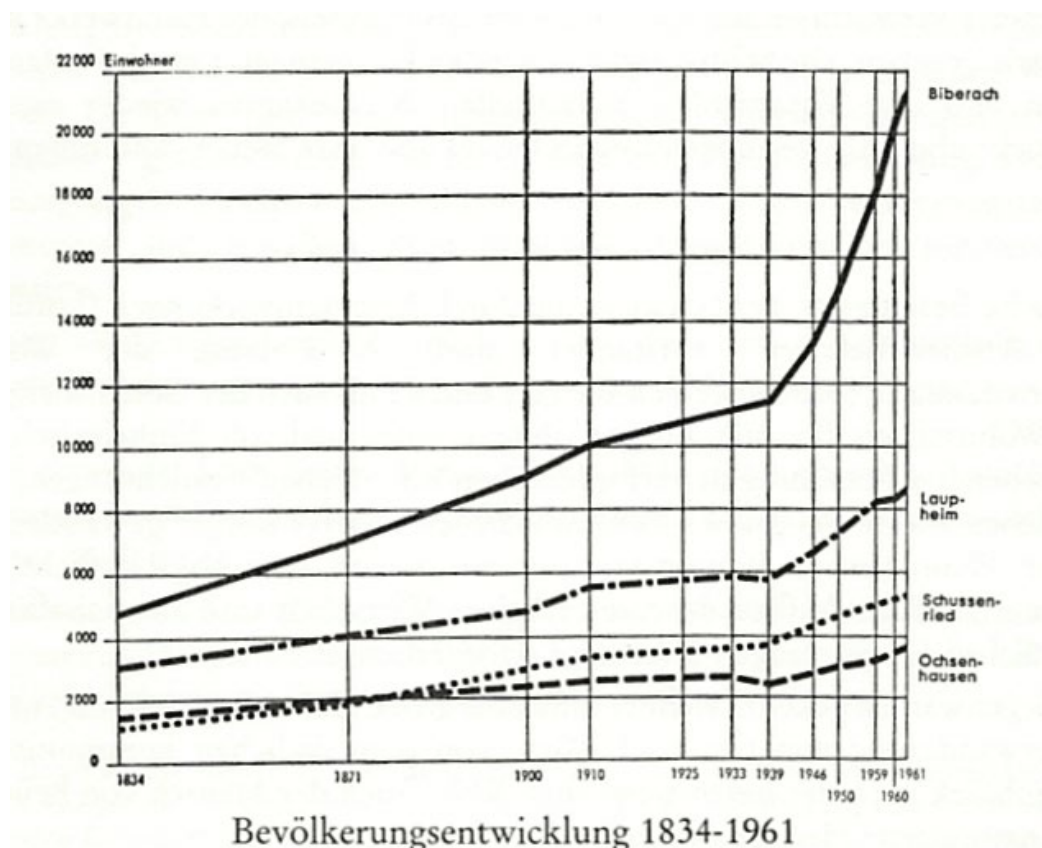


Abbildung 1

20 Zur Industrieansiedlung

Wenn eine Stadt mit rasch zunehmender Bevölkerung leben und sich entwickeln will, ist Grundvoraussetzung, daß die arbeitswilligen Kräfte Arbeit haben und einen entsprechenden Verdienst mit nach Hause bringen. Hierzu ist erforderlich, daß eine bestimmte Zahl von Handels-, Handwerks- und Industriebetrieben vorhanden ist mit
 25 der notwendigen Zahl von Arbeitsplätzen. Es genügt nicht, daß in diesen Betrieben nur Arbeitskräfte unterkommen; es ist vielmehr weiter erforderlich, daß diese Betriebe einen nennenswerten steuerlichen Ertrag abwerfen, um die mit der Zunahme der Bevölkerung auszubauenden öffentlichen Einrichtungen herstellen zu können.

30 Es ist ein einfaches Rechenexempel, daß einer bestimmten Einwohnerzahl ein entsprechend großes Steueraufkommen gegenüber stehen muß, wenn ein Gemeinwesen gesund sein soll. Und da haben wir bei der Auswahl so vieler, um Niederlassung in Biberach nachsuchender Industrie-, Handels- und Handwerksbetriebe eine recht glückliche Hand gehabt. Ruhe und Ordnung in einer
 35 Stadt können nur dann aufrecht erhalten werden, wenn alle auf Arbeit angewiesenen Einwohner ihren gesicherten Arbeitsplatz haben und einen für sich und ihre Familie auskömmlichen Lohn nach Hause bringen.

Auch die mittleren und kleineren Betriebe haben sich sehr zu ihrem Vorteil vergrößert, was allen Bewohnern der Stadt zugute kommt. [...]

40

Industriestatistik 1950–1960
für den Kreis Biberach an der Riß

	Beschäftigte	Umsatz DM in 1000	Export DM in 1000
1950	4 883	107 882.—	nicht bekannt
1951	6 109	113 560.—	nicht bekannt
1952	6 721	125 066.—	nicht bekannt
1953	7 099	131 649.—	7 674.—
1954	7 895	163 405.—	14 152.—
1955	10 029	202 882.—	19 853.—
1956	10 324	230 246.—	26 032.—
1957	11 023	243 684.—	29 043.—
1958	11 728	302 787.—	34 393.—
1959	12 896	386 080.—	52 276.—
1960	13 723	461 780.—	68 141.—

Abbildung 2

Finanzen und Steuern

45 Die Haupteinnahmen der Stadt sind neben den Holzerlösen, Miet- und Pachtzinsen das Aufkommen an Grund- und Gewerbesteuern, der Anfall an Vergnügungssteuer sowie der Anteil am Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Es ist bekannt, daß das deutsche Volk mit den höchsten Steuersätzen von allen Kulturvölkern der Erde belastet ist. Bei Behandlung der Haushaltspläne der letzten Jahre hat der Gemeinderat sich immer wieder mit der Frage einer Senkung der Steuerhebesätze eingehend befaßt. Unser Fernziel muß sein, alle Möglichkeiten zu einer Steuersenkung voll und ganz auszuschöpfen durch entsprechende Sparmaßnahmen. Die Finanzlage zwingt dazu. Wirksame Sparmaßnahmen setzen einen Abbau öffentlicher Aufgaben voraus. Da die von den Gemeinden zur Zeit zu erfüllenden Aufgaben überwiegend übertragene Aufgaben sind, müssen durch organisatorische Maßnahmen des Staates die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Solange aber alle Kreise und Berufsgruppen unseres Volkes über die Landes- und Bundestagsabgeordneten zahllose Anträge an die Regierung stellen, die nur eine weitere Steigerung unserer finanziellen Lasten und eine weitere Aufblähung unseres schwerfälligen und umständlichen Verwaltungsapparats zur Folge haben, glaube ich persönlich nicht daran, daß in absehbarer Zeit eine sparsame und fühlbare Verwaltungsvereinfachung zu erwarten ist. Wir wollen aber trotz aller Enttäuschungen in der Vergangenheit unsere Hoffnung auf Einlösung der von der Regierung immer wieder in Aussicht gestellten Schaffung einer sparsamen Musterverwaltung im Lande Baden-Württemberg noch nicht begraben.

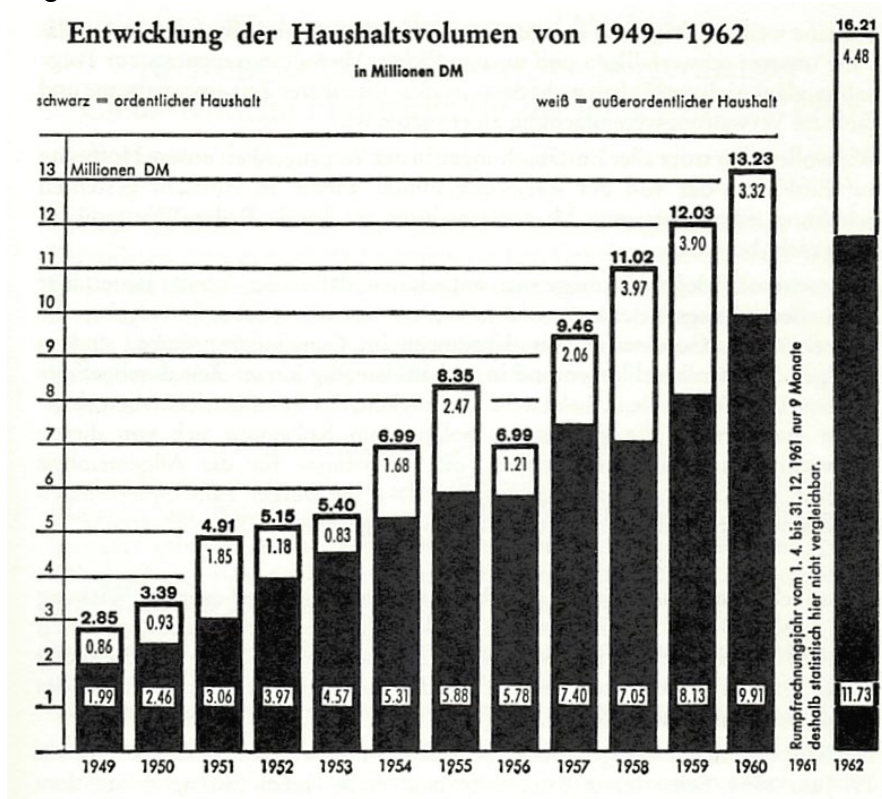


Abbildung 3

Aus meinen Darlegungen möge man entnehmen, daß in den letzten Jahren hier recht Beachtliches geleistet worden ist, so manche wichtige Aufgabe, die jahrzehntlang Gegenstand von Beratungen im Gemeinderat waren, sind in wenigen Stunden beschlossen und in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt worden. Die Wurzel allen Übels ist die Uneinigkeit, das Auseinanderstreben, deutlicher ausgedrückt, die Zwietracht. Solange ein Kollegium sich von diesen Schwächen freizuhalten vermag, die Bedürfnisse für die Allgemeinheit erkennt, fortschrittlich

eingestellt ist und dazu die Bürger zum Opferbringen bereit sind, wird es in jeder Gemeinde aufwärts gehen.

Wilhelm Leger, Rückschau und Ausblick in die Biberacher Kommunalpolitik, in: Sonderbeilage der Schwäbischen Zeitung, Ausgabe Biberach, vom 29.06.1962

© Text und Graphiken: Schwäbische Zeitung

(C) Alle Rechte vorbehalten

Aufgabe:

Analysieren Sie die Statistiken und Ausführungen Legers. Stellen Sie die wirtschaftliche Entwicklung Biberachs dar und ordnen Sie diese Entwicklung ein. Erklären Sie Ursachen und Hintergründe dieser Entwicklung, erläutern Sie die wirtschaftspolitische Strategie der Stadtverwaltung.